

## Niederschrift

über die Sitzung des Integrationsrates der Stadt Baesweiler vom 01.12.2011 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 21:10 Uhr

### **Anwesend waren:**

#### **a) Mitglieder:**

Herr Kazim Karakök - Vorsitzender  
Herr Abdullah Eldemir  
Frau Reyhan Akkas  
Frau Hilal Bayram  
Herr Brahim Morghi  
Herr Muhammed Ali Yagbasan  
Herr Vasileios Pourdas  
Herr Hakan Sarioglu  
Herr Cebrail Akcay  
Herr Mathias Puhl  
Herr Wolfgang Scheen  
Herr Hans-Dieter Reiprich (verließ die Sitzung entschuldigt bei Punkt 11.9.)  
Frau Elvira Resch-Beckers

#### **von den Mitgliedern fehlten entschuldigt:**

Herr Ercan Cetinkilic  
Herr Detlef Lindlau

#### **b) von der Verwaltung:**

Herr Beigeordneter Frank Brunner  
Frau Angelika Breuer  
Frau Claudia Dickels

#### **c) Gäste:**

Frau Ute Fischer  
Frau Tanja Piontek

Die Mitglieder des Integrationsrates waren mit Einladung vom 25.11.2011 zur Sitzung am Donnerstag, dem 01. Dezember 2011, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

### Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Integrationsrates vom 29.03.2011
2. Bestellung einer neuen Schriftführerin
3. Einführung und Verpflichtung eines neuen Mitgliedes
4. Berufung einer Vertreterin/eines Vertreters in den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung
5. Wahl eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für den Arbeitskreis Migrantenvertretungen der StädteRegion Aachen
6. Ersatzwahl eines Stellvertreters für den Hauptausschuss des Landesintegrationsrates - LAGA NRW
7. Ersatzwahl eines Stellvertreters für die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates - LAGA NRW
8. Sachstandsbericht zum Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord";  
hier: Vortrag seitens des Stadtteilbüros DRK
9. Flyer des Integrationsrates
10. Rückblick zum Leseabend mit Alexandros Stefanidis
11. Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates;  
hier: Verwendung des Zuschusses 2012
12. Information über das Bildungs- und Teilhabepaket sowie über den Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"
13. Sachstandsbericht "Altengerechtes Wohnen Am Bergpark"
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Der Vorsitzende, Herr Karakök, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Integrationsrates, Frau Fischer sowie Frau Piontek als Gäste zu TOP 8, sodann begann er mit der Tagesordnung.

### **1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Integrationsrates vom 29.03.2011**

Die Niederschrift vom 29.03.2011 wurde von den anwesenden Mitgliedern des Integrationsrates einstimmig zur Kenntnis genommen.

### **2. Bestellung einer neuen Schriftführerin**

In der Sitzung des Integrationsrates vom 02.03.2010, Tagesordnungspunkt 4, ist gemäß § 22 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Baesweiler Herr Stadtangestellter André Esser zum Schriftführer bestellt worden.

Herr Esser ist zwischenzeitlich nicht mehr bei der Stadt Baesweiler beschäftigt.

Es wurde daher vorgeschlagen, Frau Stadtangestellte Claudia Dickels zur Schriftführerin des Integrationsrates zu bestellen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat bestellte Frau Stadtangestellte Claudia Dickels einstimmig zur Schriftführerin des Integrationsrates der Stadt Baesweiler.

### **3. Einführung und Verpflichtung eines neuen Mitgliedes**

Frau Fatma Arslan, geb. Üner, hat sich am 27.09.2011 mit Erstwohnsitz nach Herzogenrath umgemeldet. Mit dem Wegzug aus Baesweiler endete ihr Mandat im Integrationsrat der Stadt Baesweiler. Nachrückerin auf der Liste "Junge Migranten" war Frau Hilal Bayram. Frau Bayram hat ihr Mandat angenommen.

Frau Bayram wurde in ihre Aufgaben sowie ihr Amt eingeführt und verpflichtet.

Über die Verpflichtung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt, die von Frau Bayram unterzeichnet worden ist.

### **4. Berufung einer Vertreterin/eines Vertreters in den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung**

Der Stadtrat der Stadt Baesweiler hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 einstimmig beschlossen, auch nach der Wahl des Integrationsrates der Stadt Baesweiler weiterhin vom Integrationsrat benannte sachkundige Einwohner/innen sowie stellvertretende sachkundige Einwohner/innen in den Schulausschuss, den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung, den Verkehrs- und Umweltausschuss, den Bau- und Planungsausschuss sowie den Ausschuss für Jugend und Soziales zu wählen.

Frau Fatma Arslan, geb. Üner, wurde als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung gewählt.

Im Hinblick darauf, dass das Mandat von Frau Arslan im Integrationsrat der Stadt Baesweiler durch den Wegzug aus Baesweiler endete, war für den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung ein(e) neue sachkundige(r) Einwohner/in vorzuschlagen. Die endgültige Wahl erfolgt durch den Rat (§ 50 Abs. 3 Satz 7 GO NRW).

Der Vorsitzende Herr Karakök bat um Vorschläge. Seitens des Integrationsrates wurde Frau Hilal Bayram als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gab es nicht. Auf eine geheime Wahl wurde verzichtet, die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, dem Rat der Stadt Baesweiler vorzuschlagen, Frau Hilal Bayram zur sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung zu bestellen.

Frau Bayram erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden und bedankte sich.

**5. Wahl eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für den Arbeitskreis Migrantvertretungen der StädteRegion Aachen**

Dem Arbeitskreis auf StädteRegionsebene sollen von jedem Integrationsrat der einzelnen Kommunen zwei stimmberechtigte Mitglieder angehören.

In der Sitzung des Integrationsrates vom 29.03.2011 wurde u.a. Frau Fatma Arslan, geb. Üner, als Stellvertreterin für die Mitglieder im Arbeitskreis Migrantvertretungen der StädteRegion Aachen gewählt.

Im Hinblick darauf, dass das Mandat von Frau Arslan im Integrationsrat der Stadt Baesweiler durch den Wegzug aus Baesweiler endete, war ein neuer Stellvertreter/eine neue Stellvertreterin für den Arbeitskreis Migrantvertretungen der StädteRegion Aachen zu wählen.

Zur Neubesetzung dieses Amtes bat der Vorsitzende Herr Karakök um Vorschläge. Seitens des Integrationsrates wurde als Stellvertreterin für den Arbeitskreis Migrantvertretungen der StädteRegion Aachen Frau Hilal Bayram vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gab es nicht. Auf eine geheime Wahl wurde verzichtet, die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat wählte Frau Bayram einstimmig als Stellvertreterin für den Arbeitskreis Migrantvertretungen der StädteRegion Aachen.

Frau Bayram nahm die Wahl an und bedankte sich.

## **6. Ersatzwahl eines Stellvertreters für den Hauptausschuss des Landesintegrationsrates - LAGA NRW**

Mit Beschluss des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 19.11.1996 wurde der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen bestimmt und vom Stadtrat in der Sitzung am 17.12.1996 beschlossen.

Der Integrationsrat kann daher einen Delegierten und einen Stellvertreter in den Hauptausschuss entsenden.

In der Sitzung des Integrationsrates am 02.03.2010 hat dieser Herrn Kazim Karakök als Delegierten und Herrn Vasileios Pourdas als Stellvertreter gewählt.

Mit Schreiben vom 21.11.2011 hat Herr Pourdas mitgeteilt, dass er seinen Stellvertreterposten niederlegt.

Daher wurde es erforderlich, dass der Integrationsrat einen neuen Stellvertreter für den Hauptausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft wählt.

Zur Neubesetzung dieses Amtes bat der Vorsitzende Herr Karakök um Vorschläge. Seitens des Integrationsrates wurde Herr Hakan Sarioglu als Stellvertreter für den Hauptausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gab es nicht. Auf eine geheime Wahl wurde verzichtet. Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat wählte Herrn Sarioglu einstimmig als Stellvertreter in den Hauptausschuss des Landesintegrationsrates - LAGA NRW.

Herr Sarioglu nahm die Wahl an und bedankte sich für das Vertrauen.

## **7. Ersatzwahl eines Stellvertreters für die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates - LAGA NRW**

Mit Beschluss des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 19.11.1996 wurde der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen bestimmt und vom Stadtrat in der Sitzung am 17.12.1996 beschlossen.

Der Integrationsrat kann einen Delegierten und einen Stellvertreter in die Mitgliederversammlung entsenden. Die Anzahl der Delegierten richtet sich nach der Zahl der vom Integrationsrat repräsentierten ausländischen Einwohner.

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler repräsentiert bis zu 5.000 ausländische Einwohner und kann daher einen Delegierten mit Stimmrecht zur Mitgliederversammlung entsenden. Für den Vertretungsfall ist ein Stellvertreter zu wählen.

In der Sitzung des Integrationsrates am 02.03.2010 hat dieser Herrn Kazim Karakök als Delegierten und Herrn Vasileios Pourdas als Stellvertreter gewählt.

Mit Schreiben vom 21.11.2011 hatte Herr Pourdas mitgeteilt, dass er seinen Stellvertreterposten niederlegt.

Es bestand daher die Erfordernis, dass der Integrationsrat einen neuen Stellvertreter für die Mitgliederversammlung wählt.

Seitens des Integrationsrates wurde Herr Hakan Sarioglu als Stellvertreter für die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gab es nicht. Auf eine geheime Wahl wurde verzichtet. Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat wählte einstimmig Herrn Hakan Sarioglu als Stellvertreter für die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates - LAGA NRW.

Herr Sarioglu nahm die Wahl an und bedankte sich für das Vertrauen.

#### **8. Sachstandsbericht zum Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord"; hier: Vortrag seitens des Stadtteilbüros DRK**

Auf Wunsch des Vorstandes des Integrationsrates gaben die Mitarbeiter/innen des DRK-Stadtteilbüros, Frau Ute Fischer und Frau Tanja Piontek, in der Sitzung des Integrationsrates einen Sachstandsbericht über ihre Arbeit im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" ab.

Die Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Fischer erläuterte, dass das Projekt das Ziel verfolge, Setterich-Nord lebens- und liebenswert für alle zu machen. Deshalb laute das Leitmotto „Miteinander leben – Miteinander gestalten“. Um das Bürgerbewusstsein zu wecken, wurden viele Gespräche geführt, unter anderem mit Bewohnern, Schulleitungen, Vereinen, Kindergärten und der Stadtverwaltung. Das Ziel dieser Gespräche sei niedrigschwellige Angebote zu entwickeln, die die Leute interessieren und zur Teilnahme bewegen.

Zu den bereits durchgesetzten Angeboten gehören laut Frau Fischer das regelmäßig stattfindende Frauenfrühstück mit 15 bis 25 Frauen, Sprachkurse, Nähgruppen für Mädchen und verschiedene Ausflüge. Hier erwähnte sie besonders den Ausflug nach Lüttich mit ca. 60 Frauen.

Ein weiteres Projekt, das erfolgreich und preiswert abgeschlossen wurde, ist das Rampenprojekt „Youthpoint“, bei dessen Bau sich etwa 20 Kinder beteiligten.

Frau Fischer betonte an dieser Stelle, dass die Rampe sehr gut angenommen werde, sie sei für die Jugendlichen sehr attraktiv.

Ein weiterer Youthpoint ist darüber hinaus am Sportverein des SC 07/86 geplant. Hier soll ein Unterstand mit Sitzecke entstehen.

Seit April 2011 ist Frau Piontek als Betreuungskraft im Treffpunkt Siedlung Ost beschäftigt. Sie führt dort mit Unterstützung von weiteren Ehrenamtlern aktive Gespräche, um neue Angebote zu entwickeln. Frau Piontek berichtete von den bereits bestehenden Angeboten an jedem einzelnen Wochentag, von der Entspannungsgruppe über die Handarbeitsgruppe bis zum Skattreff.

Frau Fischer merkte an, dass im Projekt "Soziale Stadt" wichtig sei, dass das Haus Setterich mit Leben gefüllt werde. Deshalb gab es eine Beteiligungsaktion, bei der Säulen gemeinsam gestaltet wurden. Hier waren ca. 400 Leute beteiligt, auch Schulen und Kindergärten nahmen teil.

Die wichtigste Säule des Hauses Setterich sei der Mensch, darum wurden mit Hilfe der evangelischen und katholischen Gemeinde und dem Nachbarschaftstreff viele Gespräche mit Bewohnern geführt. Bei diesen Gesprächen stellte sich heraus, dass die Verbesserung der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen sowie die Verschönerung des Wohnumfeldes ein wichtiges Anliegen darstellen.

Zu den größeren Projekten, die stattfanden, gehörte das Zirkusprojekt Setteralli im Malteser Jugendtreff und der Stadtteilbeirat in Aktion. Als Höhepunkt bezeichnete Frau Fischer das Stadtteilfest, an dem ca. 1000 Menschen teilnahmen und eine gute Zusammenarbeit und Resonanz zu erkennen waren.

Herr Karakök bedankte sich am Ende der Präsentation bei Frau Fischer und Frau Piontek für ihre Ausführungen.

Seitens der CDU-Fraktion äußerte Herr Puhl ebenfalls seinen Dank an Frau Fischer. Er erkundigte sich anschließend nach dem aktuellen Stand des Belegungsplanes im Haus Setterich und fragte, ob schon eine Belegungsquote genannt werden könne.

Frau Fischer erläuterte, dass bereits vor einem Jahr mit dem Belegungsplan begonnen wurde, aber noch keine aussagefähige Belegungsquote genannt werden könne. Im letzten Jahr hätten sich keine wesentlichen Änderungen der Belegung ergeben, sodass das Haus Setterich abends sicherlich gut belegt werde und morgens vornehmlich Frauen- und Seniorengruppen die Räumlichkeiten nutzen werden. Für die Zeit zwischen 12 und 15 Uhr seien bisher aber eher wenige Belegungen angemeldet worden.

Herr Scheen von der CDU-Fraktion dankte Frau Fischer und lobte ihren Einsatz und den Erfolg im Projekt Siedlung Ost. Nun warteten alle auf die kurzfristige Fertigstellung des Hauses Setterich, das deutlich mehr Räumlichkeiten und somit Möglichkeiten bieten werde.

Herr Karakök erkundigte sich nach der Beteiligung der Migranten und Migrantinnen im Projekt Siedlung Ost.

Hierzu nannte Frau Fischer in erster Linie die Beteiligung von polnischen Frauen, jedoch sei der größte Teil deutscher Herkunft. Sie arbeite sehr an einer Zusammenführung.

Herr Karakök bot diesbezüglich Hilfe an und dankte abschließend nochmal für den Vortrag.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht zum Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord" einstimmig zur Kenntnis und dankte dem Team des DRK-Stadtteilbüros für den Bericht.

### **9. Flyer des Integrationsrates**

Mit Beschluss vom 29.03.2011 hat der Integrationsrat auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen, einen Flyer zu erstellen, der zum Einen über die Aufgaben und zum Anderen über die Ansprechpartner informieren soll.

In der Sitzung legte die Verwaltung hierzu einen Entwurf vor, der auf Grundlage von Änderungswünschen des Integrationsratsvorstandes nochmals geändert bzw. ergänzt wurde. Aufgrund des Ausscheidens von Frau Üner müsse dieser Entwurf allerdings nochmals geändert werden, um das Foto von Frau Bayram einzufügen.

Wie bereits mitgeteilt, sollten in Abhängigkeit zu den Kosten des Leseabends (vgl. hierzu TOP 10) 500 oder 1.000 Flyer gedruckt werden (ca. 280 € oder 310 € incl. Layout, Satz und Druck bzw. 115 € oder 150 € für Druck ohne Layout und Satz).

Nach Abrechnung des Leseabends und der Erstattung der Kosten für die Süßigkeiten und Preise anlässlich des Glücksrades beim Lach-Möwen-Löwen-Tag und des Zuckerfestes standen dem Integrationsrat aus den Mitteln für 2011 noch 200 € zur Verfügung. Von den verbleibenden 200 € muss allerdings auch noch ein Beitrag für die Süßigkeiten zur Auslage in den beiden Rathäusern anlässlich des Weihnachtsfestes zurückbehalten werden.

Der Flyer wurde zwischenzeitlich durch das Amt für Soziale Angelegenheiten -Amt 50 - der Stadt Baesweiler entworfen. Die Erstellung erfolgte daher zunächst ohne zusätzliche Kosten.

Nunmehr schlug der Vorstand des Integrationsrates vor, Teile des Flyers stichwortartig in die türkische und arabische Sprache zu übersetzen.

Hierzu teilte die Verwaltung mit, dass für diesen Fall der Entwurf nicht mehr durch die Stadt erstellt werden könne, da zum Einen die technischen Voraussetzungen (insbesondere arabische Schrift) in dem vorhandenen Computerprogramm nicht gegeben sind und zum Anderen auch die Übersetzung städtischerseits nicht erfolgen kann.

Zudem müsse in diesem Fall überlegt werden, den Text und/oder die Bilder kleiner zu fassen oder zu kürzen, um Platz für die Übersetzungen zu gewinnen.

Sollte der Integrationsrat daher mehrheitlich eine Übersetzung wünschen, müsse die Verwaltung eine entsprechende Anfrage an geeignete Büros richten.

Eventuell könnte die Übersetzung und Umgestaltung, z. B. bei den mit der Erstellung der Stadtteilzeitung behilflichen Personen, erfolgen. Dies werde jedoch in jedem Fall zusätzliche Kosten verursachen.

Der Verwaltung sei - trotz zahlreicher vorliegender Beispiele - allerdings kein Flyer aus anderen Kommunen bekannt, der solche Übersetzungen enthielte. Zudem seien die türkische und marokkanische zwar die größten Bevölkerungsgruppen nach der deutschstämmigen, jedoch seien im Stadtgebiet auch zahlreiche andere Bevölkerungsgruppen vertreten, deren Muttersprache nicht berücksichtigt werde.

Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die zu erwartenden Mehrkosten schlug die Verwaltung daher vor, auf eine Übersetzung zu verzichten.

Herr Eldemir dankte für die Mühe seitens der Verwaltung und äußerte seinen Wunsch nach Mehrsprachigkeit des Flyers, um Sprachbarrieren vorzubeugen.

Seitens der CDU-Fraktion merkte Herr Scheen an, dass eine Mehrsprachigkeit nicht nur eine Übersetzung in die türkische und arabische Sprache bedeute, sondern alle Sprachen wie spanisch, kroatisch, polnisch, russisch etc. dann realisiert werden müssten. Die deutsche Sprache sei jedoch für alle gleich und könnte in den einzelnen Familien durch deutschsprachige Familienmitglieder übersetzt werden.

Herr Eldemir antwortete darauf, dass niemand ausgegrenzt werden solle. Wenn eine entsprechende Anfrage käme, werde dieser Bedarf dann auch gedeckt. Eine Anfrage diesbezüglich sei bisher nicht erfolgt.

Frau Akkas ergänzte, dass der Migrantenteil an türkischen und marokkanischen Mitbürgern in Baesweiler höher sei.

Herr Puhl von der CDU-Fraktion äußerte, dass der Flyer in erster Linie aus Fotos bestehe und wenig Text enthalte. Hier solle der Integrationsrat als eine Institution, die sich kümmert, vorgestellt werden. Er schlug als Kompromiss vor, dass der Flyer in der Stadtteilzeitung in mehreren Sprachen vorgestellt werden könne, aber nur in deutscher Sprache gedruckt werde.

Herr Brunner erläuterte seitens der Verwaltung, dass dies sicher eine Möglichkeit sei, diese aber mit dem Redaktionsteam der Stadtteilzeitung besprochen werden müsse.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen äußerte den Wunsch, die größten Bevölkerungsgruppen schlagwortartig mitzunehmen, um Hürden zu überwinden.

Seitens der FDP-Fraktion befand Herr Reiprich, dass der Integrationsrat nicht so viele Mitbürger ausgrenzen könne, indem in nur zwei Sprachen übersetzt werde.

Sein Vorschlag war, dass die Hauptaussagen des Flyers in die verschiedenen Sprachen übersetzt und je nach Bedarf als Inlay in den Flyer gelegt werden könnten. Dies sei zudem auch kostengünstiger.

Frau Akkas wies nochmal darauf hin, dass niemand ausgegrenzt werden solle. Es gäbe nun mal mehr türkische und marokkanische Mitbürger.

Seitens der Verwaltung äußerte Frau Breuer, dass die Flyer auf Veranstaltungen verteilt werden sollen. Um auf den Integrationsrat aufmerksam zu machen, sei hier die persönliche Ansprache der verschiedenen Bevölkerungsgruppen viel effektiver als eine Übersetzung von einigen Schlagworten im Flyer.

Herr Eldemir möchte die Verteilung nicht auf die Veranstaltungen begrenzen. Die Flyer sollen auch ausgelegt werden. Deshalb sei die Übersetzung der Aufgaben und Ziele wichtig.

Frau Bayram ergänzte, dass die Übersetzung für die größten Bevölkerungsgruppen auch ein Zeichen von Menschlichkeit beinhalte, dadurch fühlten sie sich angesprochen.

Herr Yagbasan merkte an, dass andere Bevölkerungsgruppen auch kein Interesse an diesbezüglichen Übersetzungen äußerten.

Herr Scheen äußerte nochmal, dass das Wichtigste im Flyer die Fotos seien. Eine Übersetzung der wenigen Begriffe müsse doch in den einzelnen Familien möglich sein.

Herr Karakök griff den Vorschlag von Herrn Reiprich auf, die Übersetzung in mehreren Sprachen als Beiblatt einzulegen.

Herr Brunner äußerte seitens der Verwaltung, dass sich ein Beilageblatt technisch unproblematischer realisieren lassen würde. Auch der Herausgeber könne -wie seitens des Integrationsratsvorstands gewünscht- noch auf den Integrationsrat der Stadt Baesweiler geändert werden.

Frau Breuer wies an dieser Stelle auf zusätzliche Kosten hin, die auch bei einem Beilageblatt entstünden.

Herr Brunner schloss die Diskussion ab und fasste die genannten Vorschläge zusammen:

### **1. Beschlussvorschlag:**

Teile des vorgelegten Flyers sollen schlagwortartig in türkisch und arabisch übersetzt und in den Flyer integriert werden. Hier sind die weiteren Kosten gegebenenfalls zu erfragen, eventuell würde die Auflagenstärke dadurch sinken.

**2. Beschlussvorschlag:**

Der Flyer verbleibt in der vorgelegten Fassung und die Übersetzung in weitere Sprachen wird als Beiblatt eingelegt. Hier würden sich die Kosten des Druckes voraussichtlich in Grenzen halten.

**3. Beschlussvorschlag:**

Der Flyer verbleibt in der vorgelegten Fassung und die Vorstellung des Flyers in türkischer und arabischer Sprache findet in Abstimmung mit der Redaktion über die Stadtteilzeitung statt.

**4. Beschlussvorschlag:**

Der Flyer verbleibt in der vorgelegten Fassung und wird in Druck gegeben.

Herr Brunner brachte mit Zustimmung des Integrationsrates den ersten Vorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat beschloss mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, den vorliegenden Flyer schlagwortartig in die türkische und arabische Sprache zu übersetzen und diese Übersetzungen in den Flyer zu integrieren.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Kosten hierzu zu ermitteln und den neuen Entwurf mit dem Vorstand des Integrationsrates abzustimmen.

**10. Rückblick zum Leseabend mit Alexandros Stefanidis**

Am 22. Juni 2011 fand im Kulturzentrum "Burg Baesweiler" eine Autorenlesung statt. Herr Alexandros Stefanidis las aus seinem Buch "Beim Griechen". Diese Veranstaltung des Integrationsrates erfolgte mit finanzieller Unterstützung der StädteRegion Aachen, der Buchhandlung Wild sowie der VHS Nordkreis Aachen und in Kooperation mit der Stadt Baesweiler.

Herr Stefanidis beschrieb, wie eine Familie, die nach Deutschland kommt, das Leben in der neuen Heimat erlebt. In seiner Zeitreise durch drei Jahrzehnte beschrieb der Journalist und Autor seine Familiengeschichte von den 60er Jahren bis heute.

Die Veranstaltung wurde im Vorfeld durch die Stadt Baesweiler über den üblichen Plakat- und Presseverteiler sowie über den Integrationsrat und die o. g. Kooperationspartner beworben.

Der Leseabend wurde von ca. 35 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer unterschiedlichster Nationalität besucht. Die Rückmeldungen der Besucher zu der Veranstaltung waren durchweg positiv.

Der Integrationsrat hatte in seiner Sitzung am 29. März 2011 unter TOP 8 beschlossen, die ihm zur Verfügung stehenden 500,00 € u. a. für einen Leseabend des Integrationsrates zu verwenden. Zwischenzeitlich hat das Sozialamt die Veranstaltung wie folgt abgerechnet:

Ausgaben:	
Hotel für Herrn Alexandros Stefanidis	72,00 €,
Raummiete Burg Baesweiler	65,00 €,
Honorar und Reisekosten	<u>624,50 €.</u>
<b>Gesamt:</b>	<b>761,50 €.</b>

Abzüglich Einnahmen:	
Zuschuss VHS Nordkreis Aachen	150,00 €
Zuschuss Buchhandlung Wild	170,00 €
Zuschuss StädteRegion Aachen	220,75 €
	<b>./. <u>540,75 €</u></b>

Daraus resultiert ein Anteil des Integrationsrates i. H. v. **220,75 €**  
=====

Herr Brunner lobte seitens der Verwaltung die gute Stimmung und den Erfolg dieser Veranstaltung.

### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Integrationsrates nahmen die Ausführungen zum Leseabend einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

## **11. Aktivitäten und Veranstaltungen des Integrationsrates sowie Verwendung des Zuschusses für 2012**

Seitens des Vorstandes des Integrationsrates wurden in Vorbereitung der Sitzung verschiedene Anregungen und Wünsche für Veranstaltungen und die Verwendung des mit Ratsbeschluss vom 14.12.2010 gewährten Zuschusses in Höhe von 500 € für das kommende Jahr an die Verwaltung herangetragen. Im Folgenden wurden diese Themen besprochen bzw. beschlossen:

### **11.1. "Bürgermeisterdiktat" und "Gedichtvortrag"**

Der Vorstand des Integrationsrates schlug vor, statt des in diesem Jahr erstmalig durchgeführten Aufsatzwettbewerbs zum türkischen Kinderfest am 23. April im kommenden Jahr einen Diktatwettbewerb in den 3. und 4. Klassen sowie einen Gedichtvortrag in deutscher und türkischer Sprache in den 5. und 6. Klassen durchzuführen.

Aus Sicht der Verwaltung wäre ein nochmaliger Aufsatzwettbewerb (ggf. zu einem anderen Thema) einem Diktatwettbewerb vorzuziehen. Ein Diktat stellt rein auf die Kenntnis der Rechtschreibung ab, während ein Aufsatzwettbewerb auch die Kreativität und Phantasie der Kinder fordert. Die Rechtschreibung steht hier - anders als bei einem Diktat - nicht so sehr im Vordergrund. Aus Sicht der Verwaltung sollte daher an dem Konzept des Aufsatzwettbewerbes festgehalten werden, um so auch Kindern mit geringeren Rechtschreibkenntnissen eine Teilnahme und Gewinnmöglichkeit zu geben. Zudem könnten an einem vom Bürgermeister vorgelesenen Diktat auf Grund des hohen Zeitaufwandes bei insgesamt 7 Grundschulstandorten sicherlich nicht alle Grundschulen berücksichtigt werden, während bei einem Aufsatzwettbewerb alle Grundschüler eine Chance zur Beteiligung haben.

Für einen solchen Wettbewerb würden Kosten für die entsprechenden Preise entstehen, über deren Höhe ggf. zu entscheiden wäre.

Herr Karakök wies auf den integrativen Gedanken hin, der vermittelt werden sollte, wenn deutsche Kinder zum Internationalen Kinderfest türkische Gedichte vortrügen.

Herr Brunner wies seitens der Verwaltung auf die Problematik der Arbeitsgemeinschaften an Schulen hin. Die Kinder und Lehrkräfte hätten heute so einen engen Stundenplan, dass nicht viel Zeit für weitere Aktivitäten bliebe.

Bezüglich der Preisvergabe schlug Herr Eldemir vor, auch das Schwimmbad, die Bücherei und Spielzeuggeschäfte etc. anzusprechen.

#### **Beschluss 1:**

Der Integrationsrat regte mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung an, auch im kommenden Jahr einen Aufsatzwettbewerb für die Kinder der 3. und 4. Klassen der Grundschulen zu veranstalten. Für die ausgelobten Preise werden aus den Mitteln des Integrationsrates **100 EUR** bereitgestellt.

#### **Beschluss 2:**

Der Integrationsrat regte mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung an, bei den weiterführenden Schulen anzufragen, ob die Möglichkeit besteht, einen Gedichtvortrag durch die Schülerinnen und Schüler zu organisieren, in dem deutsche Kinder türkische und türkische Kinder deutsche Gedichte vortragen.

### **11.2. Leseabend**

In diesem Jahr fand auf Beschluss des Integrationsrates ein Leseabend statt (vgl. hierzu TOP 10 zu dieser Sitzung). Der Vorstand des Integrationsrates regte an, im kommenden Jahr einen solchen Leseabend zu einem interkulturellen Thema in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen.

Die Zuständigkeit für Entscheidungen zum städtischen Kulturprogramm liegt gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 5 der Hauptsatzung der Stadt Baesweiler beim Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung. Sofern der Integrationsrat einen entsprechenden Beschluss fasst, wäre die Anregung an den Ausschuss weiterzuleiten.

Hierzu war anzumerken, dass bereits am 11.11.2011 im Rahmen des städtischen Kulturprogramms eine Lesung in der Stadtbücherei zum Thema "So wie ich will - mein Leben zwischen Moschee und Minirock" der Autorin Melda Akbas stattgefunden hatte.

Alternativ käme auch für das Jahr 2012 ein Leseabend des Integrationsrates, wie in diesem Jahr erstmalig durchgeführt, in Betracht. Der Integrationsrat müsste sich sodann auf einen Autoren bzw. ein Thema verständigen. Die voraussichtlichen Kosten könnten danach ermittelt werden.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkte Frau Elvira Resch-Beckers an, dass ein solcher Leseabend für einen Autor aus Baesweiler oder der Region eine Möglichkeit sei, auf sich aufmerksam zu machen und sich der Baesweiler Bevölkerung vorzustellen. Dies würde zudem auch Kosten sparen.

Herr Brunner schlug vor, dass sich jedes Mitglied des Integrationsrates bis zur nächsten Sitzung umhören könne, um dann entsprechende Vorschläge in der Sitzung vorzustellen, über die dann dort abgestimmt werden könne.

Einigkeit bestand darüber, dass aus Kostengründen ein regionaler Autor gesucht werden solle, über einen zeitnahen Termin müsse noch Einigung erlangt werden. Dieser sollte bei der nächsten Sitzung nach Möglichkeit schon geblockt sein.

Auf die Nachfrage, ob die Finanzierung dann über den Kulturausschuss laufen würde, erläuterte Herr Brunner, dass über Kulturveranstaltungen, die über für Kultur vorgesehene Mittel finanziert werden sollen, in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung beschlossen werde müsse.

Bezüglich des Leseabends wurde abschließend der Beschlussvorschlag eingebracht, dem Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung vorzuschlagen, einen Leseabend zu einem interkulturellen Thema in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen.

#### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Integrationsrates beschlossen einstimmig, dem Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung vorzuschlagen, einen Leseabend zu einem interkulturellen Thema in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen.

### **11.3. Diskussionsabend**

Der Integrationsrat hatte angeregt, einen Diskussionsabend mit einem Islamwissenschaftler zu einem aktuellen Thema zu veranstalten.

Die Volkshochschule Nordkreis bietet regelmäßig Vorträge und Diskussionsabende mit dem Islamwissenschaftler Markus Reissen an.

Er gestaltet vielfältige Veranstaltungen und Schulungen zu den Themen Islam und Muslime in Deutschland und interkulturelle Kommunikation. Er hat Erfahrung mit interkultureller Mediation und ist der türkischen und arabischen Sprache mächtig.

Nach Rücksprache mit der zuständigen Fachbereichsleiterin wird die Volkshochschule Nordkreis versuchen, im kommenden Jahr ein entsprechendes Angebot in Baesweiler zu schaffen. Ein genauer Termin konnte bislang allerdings noch nicht abgestimmt werden. Bei einer Organisation über die Volkshochschule fallen voraussichtlich keine zusätzlichen Kosten an.

Herr Eldemir fragte an, ob das Thema noch beeinflussbar sei oder schon feststehe.

Herr Brunner erläuterte, dass Herr Reissen thematisch sicher vorbereitet sei, Anregungen über die VHS aber eventuell noch einfließen könnten.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat regte einstimmig an, in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Nordkreis einen Termin für einen Diskussionsabend zu einem aktuellen interkulturellen Thema abzustimmen.

**11.4. Kochabende**

Der Vorstand des Integrationsrates regte an, gemeinsame Kochabende zwischen deutschstämmigen Familien und Familien mit Migrationshintergrund durchzuführen.

Herr Brunner wies seitens der Verwaltung darauf hin, dass die Volkshochschule Nordkreis bereits seit längerem entsprechende Veranstaltungen für Frauen ("Frauen kochen gemeinsam") anbietet. Auch im Rahmen des Projektes Soziale Stadt sei daran gedacht, nach Fertigstellung des "Hauses Setterich" dort Kurse zur gesunden Ernährung sowie gemeinsame Kochveranstaltungen anzubieten. Hier bestehe sicherlich auch die Gelegenheit zur interkulturellen Begegnung.

Aus Sicht der Verwaltung erschien vor diesem Hintergrund das diesbezügliche Angebot derzeit als ausreichend. Ein zusätzliches Angebot würde voraussichtlich zu Lasten der bereits bestehenden Angebote gehen.

Herr Eldemir wies auf den Integrationsgedanken hinter dieser Idee hin, wenn Familien verschiedener Herkunft zusammen kochen.

Herr Brunner erläuterte, dass bei den bereits vorhandenen Angeboten ebenfalls der Integrationsgedanke im Vordergrund stehe.

Frau Akkas fragte, ob es eine Küchenzeile im Haus Setterich geben werde.

Laut Herrn Brunner wird es im Haus Setterich eine Küche mit zwei Herden geben, sodass dort voraussichtlich mit bis zu 10 bis 12 Personen gekocht werden könne.

Frau Akkas schlug vor, eine entsprechende Kochveranstaltung auch im Stadtteil Baesweiler anzubieten, da auch hier eine große Nachfrage bestünde. Eventuell käme die Goetheschule in Betracht.

Frau Breuer von der Verwaltung erläuterte, dass die Küche der Goetheschule für solche Angebote nicht freigegeben werde.

Herr Scheen von der CDU-Fraktion wies darauf hin, dass Schulküchen aus hygienischen Gründen für solche Angebote nicht genutzt werden dürfen.

Herr Brunner bot seitens der Verwaltung an herauszufinden, ob eine Küche für diese Zwecke im Stadtteil Baesweiler zur Verfügung steht und gegebenenfalls mit der VHS in Kontakt zu treten.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung herauszufinden, ob eine Küche im Stadtteil Baesweiler für Kochkurse zur Verfügung steht, um dann gegebenenfalls mit der VHS in Kontakt zu treten.

**11.5 Zelt zum Fest des Fastenbrechens (19.08. - 21.08.2012) und zum Aschura-Tag (24.11.2012)**

Der Vorstand des Integrationsrates schlug vor, im Rahmen des städtischen Kulturprogrammes zum Fest des Fastenbrechens am Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan und zum Aschura-Tag ein Zelt am Reyplatz für Veranstaltungen (gemeinsames Fastenbrechen, Ausgabe der Aschura-Suppe) aufzustellen.

Das Fest des Fastenbrechens (auch Ramadanfest oder Zuckerfest) ist ein islamisches Fest mit dem die 29- bis 30-tägige Fastenzeit (Ramadan) abgeschlossen wird. Es ist das zweite Hauptfest des Islams nach dem Opferfest. Traditionell werden hierzu -meist süße - Gerichte gereicht und gegessen.

Der Aschura-Tag hat im Islam ebenfalls eine bedeutsame Stellung, an dem viele prophezeite Ereignisse eingetreten sein sollen. Unter anderem ist überliefert, dass der Prophet Noah an diesem Tag mit seiner Arche auf dem Berg Cudi strandete. Zur Feier dieses Ereignisses wurde ein Festessen (Aschura-Suppe) gekocht.

Die Entscheidungen über das städtische Kulturprogramm sind im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft, Sport und Vereinsförderung zu treffen, sodass bei entsprechendem Beschluss des Integrationsrates dort zu entscheiden wäre.

Die Verwaltung gab diesbezüglich zu bedenken, dass es sich bei den angeregten Veranstaltungen um religiöse Feste handelt, die üblicherweise nicht von städtischer Seite, sondern von der jeweiligen Religionsgemeinschaft veranstaltet werden.

So feiert zum Beispiel die katholische Kirche in der Pfarre St. Petrus ihr Osterfest mit anschließendem Ostermal oder lädt in der Adventszeit zu Rorate-Messen am frühen Morgen mit anschließendem Frühstück ein.

Auch die evangelische Kirche lädt zu den unterschiedlichsten religiösen Anlässen zu Zusammenkünften im evangelischen Gemeindezentrum ein.

Die Verwaltung schlug daher vor, dass die Mitglieder des Integrationsrates, z. B. in Zusammenarbeit mit den Moschee- und Kulturvereinen und anderen Institutionen, die Veranstaltungen plant und organisiert. Gegebenenfalls sei das Sozialamt gerne bereit, diese Aktivitäten zu unterstützen und z. B. die notwendigen Genehmigungen mit dem Ordnungsamt abzustimmen. Sofern Kosten über die dem Integrationsrat bereitgestellten Mittel abgedeckt werden sollen, sei hierüber zu beschließen.

Herr Eldemir wies darauf hin, dass es nicht speziell um diesen religiösen Tag gehe, sondern dass sie mit diesem Fest den Integrationsgedanken als Ziel hätten und den Sinn dieses Tages erklären wollen.

Durch die Einladung von überwiegend deutschstämmigen Bürgern und deren Teilnahme hoffe er auf eine bessere Verständigung. Der religiöse Hintergrund sei da eher zweitrangig.

Seitens der CDU-Fraktion stellte Herr Puhl fest, dass es eher um das Problem der Organisation eines solchen Festes gehe. Dass das Fest an sich sinnvoll sei, stand für ihn außer Frage. Jedoch würden andere religiöse Feste von den entsprechenden Veranstaltern selbst organisiert. Er schloss sich der Meinung an, dass die Organisation dieses Festes auch eher von den Moscheen ausgehen solle.

Herr Eldemir äußerte, dass mit diesem Fest kein Fastenbrechen nur für Muslime verfolgt werde, während z.B. die Feste der katholischen Kirche ausschließlich religiös ausgerichtet seien.

Daraufhin widersprach Herr Puhl mit dem Argument, dass Pfarrgemeinden, die auf ihren Kirchvorplätzen Feste feiern, alle Bürger ansprechen wollen, und zwar losgelöst von ihrer Religion. Trotzdem würden diese Feste von Mitgliedern der entsprechenden Pfarreien organisiert. Die Zielsetzung sei klar, man wolle miteinander ins Gespräch kommen.

CDU-Fraktionsmitglied Scheen lobte die Herzlichkeit, die er bei vielen Moscheebesuchen immer wieder erlebt habe. Er habe dort immer wieder informative Gespräche geführt. Er sehe allerdings nicht, dass die Integration vorangetrieben werde, indem ein Zelt zum Fastenbrechen am Reyplatz aufgebaut würde. Jeder könne an jedem Fest dieser Stadt teilnehmen, alle seien Bürger dieser Stadt. Er möchte sich eigentlich von dem Gedanken trennen, dass bei Veranstaltungen explizit darauf hingewiesen werde, dass dort Integration stattfände. Der Schritt läge hinter ihnen. Das Ziel sei, einen Schritt weiter zu gehen.

Frau Akkas betonte auch nochmals, dass es bei diesem Fest nicht um den religiösen Gedanken gehe, sondern hauptsächlich um das Zusammentreffen von Einheimischen und Migranten. Das sei besonders am Reyplatz gut möglich.

Herr Puhl bemerkte, dass das Zusammentreffen auch bei den vielen anderen Veranstaltungen möglich sei.

Von Herrn Yagbasan wurde der Wunsch geäußert, ein solches Fest auf neutralem Boden auszurichten.

Nach reger Diskussion meldete sich Frau Breuer zu Wort und betonte, dass sich im Rahmen der Diskussion gezeigt habe, dass wohl alle einig seien, dass ein solches Fest stattfinden solle. Die Verwaltung könne es aber nicht organisieren, weil es anlässlich des Ramadan stattfände. Sie fragte, warum die Moscheevereine die Organisation nicht wie vorgeschlagen übernehmen können, wenn die Stadtverwaltung bei bestimmten Dingen behilflich sein würde.

Anschließend stimmte seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Resch-Beckers zu, dass religiöse Feste natürlich nicht von der Stadtverwaltung zu organisieren seien.

Sie wies darauf hin, dass in erster Linie Hilfe durch die Stadtverwaltung Baesweiler bei der Genehmigung eines solchen Festes und bei der Besorgung eines Zeltes nötig sei, wobei sich die Moscheen doch eher schwer täten.

Frau Breuer teilte mit, dass die Besorgung zweier Pavillons durch die Stadtverwaltung geprüft werden könne, die aber nicht die Größe eines Zeltes hätten.

Frau Akkas meldete sich nochmals zu Wort, um darauf hinzuweisen, dass andere Städte ebenfalls solche Feste veranstalten würden. Sie fragte, warum das in Baesweiler nicht möglich sei, nur weil ein religiöser Gedanke dahinter stecke.

Herr Puhl betonte nochmals, dass es für andere Religionsgemeinschaften in der Stadt Baesweiler auch nicht gemacht würde, um neutral zu bleiben.

Seitens der FDP-Fraktion meldete sich Herr Reiprich zu Wort. Er gehöre keiner Religionsgemeinschaft an und stellte nochmals den Religionsbezug dieser Veranstaltung fest. Fraglich sei nun, ob der Beschlussvorschlag in sofern geändert werden solle, dass der Vorschlag in den Ausschuss für Kultur und Partnerschaft gehen solle, damit die Stadt tätig werde.

Herr Brunner erklärte, dass der Beschlussvorschlag eher als Kompromiss zu sehen sei. Er sagte seitens der Verwaltung Unterstützung z.B. bei den notwendigen Genehmigungsanträgen zu, auch wenn diese das Fest aus den vorher genannten Gründe nicht organisieren könne. Wenn weitere Hilfe bei der Organisation erwartet würde, müsse der Ausschuss für Kultur und Partnerschaft darüber entscheiden.

Herr Karakök beendete die Diskussion und rief zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag auf.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Mitglieder des Integrationsrates erklärten sich mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen bereit, den Kontakt zu den Moschee- und Kulturvereinen und anderen Institutionen im Stadtgebiet aufzunehmen und die Veranstaltungen gemeinsam mit diesen zu planen und zu organisieren.

### **11.6. Bewerbungstraining**

Der Vorstand des Integrationsrates hatte weiterhin angeregt, für die Schüler der Abschlussklassen der weiterführenden Schulen ein Bewerbungstraining anzubieten.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass in allen weiterführenden Baesweiler Schulen bereits umfangreiche Maßnahmen im Hinblick auf Berufsvorbereitung und Bewerbungen angeboten werden. Nähere Informationen hierzu können den Internetseiten der jeweiligen Schule als auch der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt entnommen werden.

Neben diesen umfangreichen schulischen Maßnahmen sei geplant, im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" bei der Maßnahme "Beratungszentrum" auch Angebote zur Laufbahnplanung und Fortbildung anzubieten. Des Weiteren bietet auch der Streetworker, Herr Störtz, Jugendlichen Hilfestellung bei Bewerbungen an.

Herr Brunner wies darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung damit ein ausreichendes Angebot zur Verfügung stehe.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**11.7. Kinder lesen für Senioren**

Der Vorstand des Integrationsrates schlug vor, eine Veranstaltung "Kinder lesen für Senioren" in einer Senioreneinrichtung, z.B. in Zusammenarbeit mit dem Wohn- und Pflegeheim Setterich, An der Burg, zu veranstalten.

Herr Brunner erläuterte seitens der Verwaltung, dass sich ein solches Angebot insbesondere im Rahmen der Woche der Senioren anböte. Das Wohn- und Pflegeheim Setterich arbeite bereits jetzt eng mit Kindergärten und Schulen zusammen, um den Kontakt zwischen den verschiedenen Generationen zu fördern. So fänden beispielsweise regelmäßige Besuche von Kindergartengruppen im Wohn- und Pflegeheim statt.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat regte einstimmig an, im Rahmen der Woche der Senioren eine Aktion "Kinder lesen für Senioren" in Zusammenarbeit mit einer Senioreneinrichtung sowie einem Kindergarten und/oder Schule durchzuführen.

**11.8. Beteiligung an der Woche der Jugend und Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen**

Der Vorstand des Integrationsrates äußerte den Wunsch, auch im kommenden Jahr 40 € für Preise anlässlich des Glücksrades beim Lach-Möwen-Löwen-Tag sowie 40 € für das Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen in den beiden Rathäusern veranschlagen.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat beschloss einstimmig, aus den seitens des Rates bereit gestellten Mitteln 40 € für Preise anlässlich des Glücksrades beim Lach-Möwen-Löwen-Tag sowie 40 € für das Auslegen von Süßigkeiten an Feiertagen in den beiden Rathäusern zu veranschlagen.

**11.9. Interkulturelles Fest**

Der Integrationsrat schlug vor, im kommenden Jahr ein interkulturelles Fest zu veranstalten. Hierzu verwies die Verwaltung zunächst auf den diesbezüglichen Beschluss des Ausländerbeirates in der Sitzung am 02.04.2008.

Damals wurde beschlossen, die turnusmäßig alle zwei Jahre angebotene Veranstaltung der "Tage der deutschen und ausländischen Mitbürger" in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren, da diese Veranstaltung trotz eines ausgiebigen Programms nicht in der Weise angenommen wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Hinzu kam, dass Programmbeteiligte kurzfristig absagten bzw. erst gar nicht erschienen. Daher wurde beschlossen, abweichend von dem bisherigen Veranstaltungsmodus diese Veranstaltung in andere städtische Veranstaltungen zu integrieren. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Anzahl der deutschen und ausländischen Mitbürger deutlich größer sein wird, als dies bislang bei einer Einzelveranstaltung der Fall war.

Dieses Konzept wurde seither bei vielen Veranstaltungen (z. B. Eröffnung des CarlAlexanderParks, Familienpicknick, Enthüllung des Denkmals am Reyplatz, Beteiligung an Veranstaltungen der Woche der Jugend usw.) umgesetzt.

Auch wurden die Mitglieder des Integrationsrates gebeten, verstärkt für die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an städtischen Veranstaltungen, wie z. B. dem Aktivurlaub oder den Veranstaltungen im Rahmen der Woche der Jugend und der Woche der Senioren, zu werben.

Während bei vielen Veranstaltungen eine positive Resonanz festgestellt werden konnte, war die Beteiligung der Migranten bei einigen Veranstaltungen allerdings nicht wie erwartet, so z. B. zuletzt beim Glühwürmchenfest im Burgpark Setterich im Rahmen der Woche der Jugend. Hier wurden im Vorfeld Gespräche mit dem Vorstand des Integrationsrates gesucht, durch Beteiligung der Kulturvereine am Glühwürmchenfest, z. B. durch den Verkauf internationaler Spezialitäten, den Zuspruch der Migrantinnen und Migranten - ähnlich wie beim erfolgreichen Stadtteilstfest - zu fördern. Dies fand zunächst sehr großen Zuspruch, konnte aber leider nicht realisiert werden, weder durch eine aktive Beteiligung der Migrantinnen und Migranten, noch durch den Besuch der Veranstaltung.

Wie bereits in der Sitzung des Ausländerbeirates am 09.12.2009 dargelegt, wurde der Ansatz, gerade die im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" stattfindenden Stadtteilstfeste auch unter Berücksichtigung der türkischen und marokkanischen Kultur zu gestalten, erfolgreich beim ersten Stadtteilstfest umgesetzt.

Dieses wurde durch das Stadtteilbüro des DRK in Kooperation mit der Stadt Baesweiler sowie zahlreichen Vereinen, Einrichtungen, Organisationen und Gruppen aus Setterich sowie dem Stadtteilbeirat unter Beteiligung des Integrationsrates organisiert. Das Fest erfreute sich -wie bereits oben erwähnt- größter Beliebtheit. Geschätzte 1.000 Besucher, nicht nur aus Setterich, fanden den Weg in die Glück-Auf-Straße. Bei einem 5-stündigen Bühnenprogramm gab es allerlei sportliche und künstlerische Darbietungen zu sehen. Hierbei wurden die unterschiedlichsten Kulturen berücksichtigt.

Natürlich war auch für das leibliche Wohl der Besucherinnen und Besucher bestens gesorgt, wobei auch viele türkische und marokkanische kulinarische Angebote vertreten waren.

Das harmonische Miteinander beim Stadtteilstfest gab einen ersten Eindruck davon, dass im "Haus Setterich" viele Menschen, Vereine und Gruppen zukünftig eine neue Heimat finden werden. Besonders erfreulich war hier auch die große Beteiligung und Resonanz der Migrantinnen und Migranten. Das Stadtteilstfest konnte damit als positiver Beitrag zur interkulturellen Verständigung gewertet werden.

Das nächste Stadtteilstfest sei für den Zeitpunkt der Eröffnung des "Hauses Setterich" in Planung. Auch hier werde an dem bewährten Konzept der Beteiligung aller Kulturen festgehalten.

Die Verwaltung befürwortete daneben, an dem Konzept der Beteiligung an bereits bestehenden städtischen Veranstaltungen festzuhalten.

Frau Akkas fragte an, ob nicht mal eine interkulturelle Veranstaltung im Stadtteil Baesweiler, zum Beispiel am Reyplatz, möglich sei. Hier fehle ihrer Meinung nach eine entsprechende Veranstaltung.

Herr Brunner erklärte hierzu, dass es schon viele Feste im Rahmen des Konzeptes der Stadtteilstfeste und z.B. bei der Woche der Jugend gebe.

Frau Akkas erwiderte, dass sie aber ein interkulturelles Fest im Stadtteil Baesweiler vermisse.

Herr Brunner wies nochmals auf den Beschluss des Ausländerbeirates in der Sitzung vom 02.04.2008 hin, der besagte, dass die turnusmäßig alle zwei Jahre angebotene Veranstaltung der "Tage der deutschen und ausländischen Mitbürger" in andere städtische Veranstaltungen integriert werden sollen.

Frau Akkas äußerte, dass das zwar 2008 beschlossen wurde, aber seitdem sei der Integrationsrat neu gewählt worden und sie wünsche sich nun ein entsprechendes Fest am Reyplatz.

Seitens der CDU-Fraktion stellte Herr Puhl fest, dass es sehr viele Veranstaltungen in Baesweiler gebe, die für alle Baesweiler Bürger angeboten würden, die allerdings von den Migranten und Migrantinnen nicht gut besucht würden.

Frau Bayram äußerte die Vermutung, dass sich die Migranten und Migrantinnen bei diesen Festen nicht angesprochen fühlten.

Herr Eldemir unterstützte diese Aussage und forderte, dass das Programm mit dem Integrationsrat abgesprochen werden solle, um das Interesse bei den Migranten und Migrantinnen hervorzurufen und auch diese mit dem Programm anzusprechen.

Herr Puhl schilderte, dass es hierzu Versuche gab, die Veranstaltung aber trotzdem seitens der Migranten nicht gut besucht waren.

Frau Bayram meinte, dass durch häufigere Veranstaltungen, an deren Planung Migranten und Migrantinnen mitwirken könnten, diese eher auf die Feste gelockt würden.

Frau Breuer äußerte ihre Verwunderung darüber, dass das Stadtteilstfest in Setterich einen sehr guten Zusammenhalt demonstrierte, beim Glühwürmchenfest im Burgpark Setterich jedoch keinerlei aktive noch passive Beteiligung von Migranten und Migrantinnen erkennbar war, obwohl das Glühwürmchenfest als interkulturelles Fest beworben wurde.

Frau Akkas stellte dar, dass bei einem geplanten interkulturellen Fest am Reyplatz konkret auf die Mitwirkung der Migranten und Migrantinnen hingearbeitet werden würde. Das, was Frau Fischer in Setterich erreicht habe, wäre in einem kleineren Rahmen auch in Baesweiler erreichbar.

Herr Brunner erläuterte dazu, dass das Fest in Setterich aus einem Fördertopf finanziert wurde, der auf den Bereich Setterich-Nord beschränkt sei. Für den Stadtteil Baesweiler sehe er aber keine entsprechende Fördermöglichkeit. Es werde immer versucht, den Integrationsrat in die angebotenen Veranstaltungen einzubinden, damit dieser die Feste bei den Migranten und Migrantinnen bewerben und deren Interesse wecken könne. Er äußerte die Hoffnung, dass im nächsten Jahr die städtischen Veranstaltungen von den Migranten und Migrantinnen besser angenommen werden.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterbreitete Frau Resch-Beckers den Vorschlag, dass bei der Gestaltung eines öffentlichen Festes, zum Beispiel eines Dämmerschoppens, für muslimische Mitbürger ein Grill, auf dem kein Schweinefleisch gebraten wird, angeboten werden solle.

Herr Scheen von der CDU-Fraktion berichtete daraufhin von seiner Teilnahme an einem Dämmerschoppen, wo genau das gemacht wurde, aber trotzdem keine Beteiligung aus dem Kreise der Migranten festgestellt werden konnte.

Frau Resch-Beckers hatte hierzu im Vorfeld keine entsprechende Werbung gelesen, freute sich aber über diesen Fortschritt und die Rücksichtnahme auf persönliche Bedürfnisse. Sie äußerte sich verärgert darüber, dass die Vereine mit Migrationshintergrund ihre Zusage zur Mithilfe beim Glühwürmchenfest nicht eingehalten hätten. Daran müsse gearbeitet werden. Feste mit einem Integrationsgedanken müssten auch ein entsprechendes Angebot beinhalten, z.B. einen Teestand.

Frau Breuer erläuterte, dass beim Glühwürmchenfest seitens des Integrationsrates ein Spezialitäten-, Döner- oder Teestand angedacht waren. Zu ihrem Bedauern waren diese Vorhaben leider gescheitert. Sie vermisse hier die entsprechende Motivation.

Herr Eldemir schlug generell eine interessantere Gestaltung solcher Veranstaltungen vor, um mehr Migranten und Migrantinnen anzusprechen. Häufig scheitere das sicher an der Kostenfrage. Die Vereine allein könnten das aber auch nicht leisten. Um eine interessantere Veranstaltung zu ermöglichen, könne man die höheren Kosten auch in Kauf nehmen, sonst erreiche man nichts. Eine Musikgruppe sei da vielleicht eine gute Idee.

Herr Karakök erklärte die arbeits- und krankheitsbedingten Hintergründe für die Absage beim Glühwürmchenfest und unterstrich die Bemühungen zur Besserung für die Zukunft.

Frau Bayram, die laut ihrer Auskunft in Setterich lebt, hatte gar nichts vom Glühwürmchenfest mitbekommen und fragte nach der Form der Werbung hierzu.

Frau Breuer zeigte sich darüber sehr verwundert, da das Fest mit 5000 Flyern, riesigen Plakaten, Zeitungs- und Stadtfowerbung sowie über die Kulturvereine beworben wurde.

Herr Karakök schloss die Diskussion sodann ab. Er rief zur Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag auf, der beinhaltete, dass angeregt werden solle, ein interkulturelles Fest im Jahre 2012 in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen und eventuelle Fördermittel hierzu geltend zu machen.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und regte mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung an, ein interkulturelles Fest im Jahre 2012 in das städtische Kulturprogramm aufzunehmen und gegebenenfalls zu versuchen, Fördermittel hierfür sicherzustellen.

## **12. Information über das Bildungs- und Teilhabepaket sowie über den Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"**

### **I. Bildungs- und Teilhabepaket**

Am 25.02.2011 wurde das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des II. und XII. Buches Sozialgesetzbuch vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Dieses Gesetz trat nach Verkündung im Bundesgesetzblatt am 29.03.2011 mit seinen wesentlichen Teilen rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft. Neben der Neubemessung der Regelsätze ist eine weitere wesentliche Neuregelung, die Einführung von Bildungs- und Teilhabeleistungen für bedürftige Kinder und Jugendliche. Das sogenannte "Bildungs- und Teilhabepaket" umfasst dabei folgende Leistungen:

- Mehraufwendungen für ein gemeinschaftliches Mittagessen in Kindertagesstätten, Schulen (bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres) und Horten, sofern diese ein entsprechendes Angebot bereithalten. Der verbleibende Eigenanteil der Eltern liegt bei 1,00 € pro Tag.
- Lernförderung von bedürftigen Schülerinnen und Schülern, sofern nur dadurch das Lernziel erreicht werden kann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.
- Aufwendungen für die Teilhabe am sozialen oder kulturellen Leben in der Gemeinschaft (z.B. Beiträge für Sportvereine oder Musikschulen) in Höhe von monatlich bis zu 10,00 € für Kinder unter 18 Jahren.

- Für Schulbedarfe (z.B. nötige Lernmaterialien) wird bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres zweimal im Schuljahr ein Zuschuss gezahlt (zu Beginn des Schuljahres 70,00 € und jeweils im Februar darauf 30,00 €). Die Kosten für eintägige Ausflüge in Schulen und KiTas können übernommen werden. Die Kosten für mehrtägige Klassenfahrten werden wie bisher erstattet.
- Die Aufwendungen für die Beförderung zur nächstgelegenen Schule für Schüler werden bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres erstattet.

Leistungsberechtigt sind neben den Kindern im Bezug von Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe) auch die Kinder im Bezug von Kinderzuschlag, Wohngeld und von sogenannten Analogleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Zuständigkeit für die Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepaketes ist abhängig von der Anspruchsgrundlage für die Sozialleistung aufgrund derer die Betroffenen leistungsberechtigt für das Bildungs- und Teilhabepaket sind.

<b>Anspruchsgrundlage für die Sozialleistung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV/Arbeitslosengeld II)	Jobcenter
Leistungen nach dem SGB XII	Sozialamt
Leistungen nach § 2 AsylbLG (Analogleistungsempfänger, d.h., die Asylbewerber, die mind. 48 Monate Asylleistungen in Deutschland beziehen)	Sozialamt
Bezieher von Wohngeld	Sozialamt
Bezieher von Kinderwohngeld	Sozialamt
Bezieher von Kinderzuschlag (erhalten die Leistungsberechtigten zusätzlich zum Kindergeld)	Sozialamt

#### **Antragstellung beim Jobcenter:**

Die Anträge können beim Jobcenter der StädteRegion Aachen im Rathaus Setterich bei dem für den jeweiligen Buchstaben zuständigen Leistungs-Sachbearbeiter abgegeben werden. Die Bearbeitung erfolgt beim Jobcenter der StädteRegion in Alsdorf.

#### **Antragstellung beim Sozialamt:**

Die Sachbearbeitung des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolgt beim Sozialamt im Rathaus Setterich. Dort werden Anträge entgegen genommen und bearbeitet.

Die Leistungen sind grundsätzlich antragsabhängig, d.h., die Eltern der Schüler bzw. Kindergartenkinder müssen bei der Stadt Baesweiler bzw. beim Jobcenter einen entsprechenden Antrag stellen.

Für den o. g. Personenkreis, der vom Sozialamt bearbeitet wird, gibt es nach Auswertung der verfügbaren Statistiken folgende potenzielle Leistungsberechtigte:

SGB XII:	3 Kinder
Wohngeld/Kinderzuschlag:	650 Kinder
AsylbIG:	16 Kinder

Dem Sozialamt liegen aktuell Anträge von 368 Personen mit 678 einzelnen Bedarfen vor, davon

135	Anträge für eintägige Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten (dies gilt auch für Fahrten von Kindertageseinrichtungen);
200	Anträge für persönlichen Schulbedarf;
55	Anträge für Schülerbeförderungskosten;
31	Anträge für Lernförderung;
145	Anträge für Teilhabe an gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung;
112	Anträge für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Von den 678 einzelnen Anträgen sind nach dem Stand 15.11.2011 bislang 332 Anträge bearbeitet bzw. bewilligt worden. Dies liegt zum Einen daran, dass mit der Bearbeitung der Anträge beim Sozialamt erst nach dem 22.08.2011 begonnen werden konnte. Dies im Hinblick darauf, dass die Zuständigkeit für Kinder in Bezug von Kinderzuschlag und Wohngeld (diese machen mit mehr als 90 % den größten Teil der Anspruchsberechtigten aus) zunächst durch § 6 b Bundeskindergeldgesetz auf die Länder übertragen wurden. Die formale Regelung des Landes zur Aufgabenübertragung erfolgte durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeldgesetz, dem Elternzeitgesetz und nach dem Bundeskindergeldgesetz, welche am 25.07.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW verkündet wurden. Hiernach sind die Kreise (bzw. Die StädteRegion Aachen) und die kreisfreien Städte zuständig. Die StädteRegion Aachen hat die Zuständigkeit durch Delegationssatzung zur Durchführung der Aufgaben nach § 6b BKGG auf die regionsangehörigen Kommunen übertragen. Diese Satzung wurde erst am 22.08.2011 im Wege der Dringlichkeitsentscheidung rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft gesetzt. Zum Anderen ist eine Vielzahl von Anträgen erst nach dem 22.08.2011 im Laufe der Monate September und Oktober gestellt worden. Des Weiteren sind in sehr vielen Fällen die gestellten Anträge immer noch unvollständig, obwohl die Antragsteller seitens des Sozialamtes zeitnah aufgefordert wurden, fehlende Unterlagen nachzureichen.

Beim Jobcenter wurden bisher 440 einzelne Anträge gestellt, davon

80	Anträge für eintägige Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten (dies gilt auch für Fahrten von Kindertageseinrichtungen);
27	Anträge für Schülerbeförderungskosten;

- 27 Anträge für Lernförderung;  
169 Anträge für Teilhabe an gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung;  
137 Anträge für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Die Schulbedarfspauschale wurde ohne Antragstellung ausgezahlt.

Von den 440 einzelnen Anträgen sind nach dem Stand 30.10.2011 bislang 263 Anträge bearbeitet bzw. bewilligt worden.

## **II. Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"**

Wie bereits oben ausgeführt, können im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes für die oben genannten Anspruchsberechtigten Leistungen für ein gemeinsames Mittagessen in der Schule bzw. in der Kindertageseinrichtung gezahlt werden. Nicht allen Kindern aus Familien mit geringem Einkommen kann aber über diesen Weg geholfen werden, da der Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket an den Bezug der o. g. Sozialleistungen geknüpft ist. Hier setzt der Landesfonds des Landes Nordrhein-Westfalen "Alle Kinder essen mit" an.

Sofern die Eltern keinen Anspruch auf die oben genannten Sozialleistungen haben, aber dennoch über ein vergleichbar geringes Einkommen verfügen, dann können sie beim Sozialamt der Stadt Baesweiler einen Antrag auf Unterstützung über den oben genannten Landesfonds stellen.

Hier ist wie beim Bildungs- und Teilhabepaket für jede Mahlzeit grundsätzlich ein Eigenanteil von 1,00 € je Kind zu leisten. In diesen Härtefallfonds fallen beispielsweise Kinder von Eltern, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (die keine Analogleistungen bekommen) erhalten. Es können aber auch Kinder von Eltern gefördert werden, die nur über ähnlich geringe finanzielle Mittel verfügen, wie die Personen, die von den Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket erfasst werden. Umfang und Höhe der Leistung sowie das Verfahren orientieren sich grundsätzlich am Bildungs- und Teilhabepaket. Den Antrag können Eltern beim Sozialamt der Stadt Baesweiler stellen. Dort wird dann geprüft, ob ein sogenannter "Härtefall" vorliegt.

Die Verwaltung hat bei der Bezirksregierung Köln Zuwendungen aus dem Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit" beantragt.

Laut telefonischer Auskunft von Frau Erhardt seitens der Bezirksregierung Köln wird der Stadt Baesweiler der Bewilligungsbescheid in den nächsten Tagen zugestellt, sodass dann umgehend mit der Bewilligung der Leistung aus dem Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit" begonnen werden kann. Bislang liegen dem Sozialamt 6 Anträge vor. Bei der Bezirksregierung wurde eine Zuwendung für 50 potentielle Kinder/Jugendliche beantragt.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob Personen, die ihre Leistungen im Jobcenter beziehen, ihre Anträge beim Sozialamt der Stadt Baesweiler abgeben können. Sie hörte, dass diese Personen weggeschickt worden seien.

Frau Breuer bestätigte seitens der Verwaltung, dass Personen, die ihre Leistungen vom Jobcenter beziehen, ihre Anträge auch dort abgeben müssen. Dieses sei aber auch im Rathaus Setterich untergebracht.

Herr Brunner versprach diesbezüglich Klärung mit dem Jobcenter.

Das Jobcenter teilte der Verwaltung der Stadt Baesweiler auf entsprechende Anfrage nach dieser Sitzung mit, dass die jeweiligen Leistungssachbearbeiter des Jobcenters im Rathaus Setterich die Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket entgegen nehmen und zur weiteren Bearbeitung zum Jobcenter in Alsdorf schicken. Bei weiteren Fragen der Antragsteller würden die Sachbearbeiter jedoch zuständigkeitshalber nach Alsdorf verweisen, da die Anträge dort bearbeitet würden.

### **Beschluss:**

Die Mitglieder des Integrationsrates nahmen einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zum Bildungs- und Teilhabepaket sowie zum Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit" zustimmend zur Kenntnis.

### **13. Sachstandsbericht "Altengerechtes Wohnen Am Bergpark"**

Auf Anregung des Vorstandes des Integrationsrates sollte ein kurzer Sachstandsbericht zum "Altengerechten Wohnen Am Bergpark" gegeben werden.

Der Rat der Stadt Baesweiler hatte in seiner Sitzung am 28.06.2011 beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 82 - Am Bergpark - 4. Änderung aufzustellen. Das Verfahren läuft zur Zeit. Im Parallelverfahren wird die Flächennutzungsplanänderung Nr. 68 durchgeführt. Die genaue Lage des Plangebietes ist aus dem der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Kartenausschnitt ersichtlich.

Der Investor "Elmo Massivhaus" beabsichtigt, in diesem Baugebiet einen Seniorenwohnpark zu errichten. Innerhalb des Seniorenwohnparks soll ein vollstationäres Alten- und Pflegeheim mit 80 Pflegeplätzen und 10 Kurzzeitpflegeplätzen entstehen.

Ergänzend hierzu sollen in einem Gebäudeteil weitere seniorenspezifische Angebote etabliert werden, wie z.B. Tagespflege und Pflegedienst.

Des Weiteren sollen im Planbereich ca. 70 seniorenen- und behindertengerechte Bungalows errichtet werden. Diese werden als Einzel- und Doppelhäuser, z.T. auch in Gruppen mit bis zu drei Reihenhäusern geplant. Im Randbereich des Plangebietes ist zudem die Errichtung von 7 Appartmenthäusern mit zugehörigen Stellplätzen beabsichtigt. Daneben ist die Anlage von privaten Grünflächen, die durch die Neuanlage von Fußwegen öffentlich genutzt werden dürfen, geplant.

Mit der vorgesehenen Bebauung soll der Bedarf an seniorengerechten, barrierefreien Häusern und Wohnungen in Baesweiler gedeckt werden, der auf Grund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren verstärkt auftreten wird.

Der städtebauliche Entwurf sieht eine Erschließung des Plangebietes vom Herzogenrather Weg durch mehrere innere Erschließungsstraßen vor. Diese inneren Erschließungsstraßen werden mit der Ringstraße durch eine Feuerwehrezufahrt verbunden.

Die Bauzeile entlang der Ringstraße liegt außerhalb des Plangebietes. Der Bereich der 4. Änderung wird durch die neu geplanten Verkehrsflächen erschlossen.

Im nordwestlichen Bereich des Plangebietes ist das Altenpflegeheim in dreigeschossiger Bauweise geplant.

Südöstlich und nordöstlich schließen sich die zweigeschossigen Wohnhäuser sowie die Grünflächen, die als Parkanlage hergerichtet werden sollen an. Der Großteil des Plangebietes ist für die Errichtung von eingeschossigen Bungalows vorgesehen.

Herr Karakök fragte nach der Anzahl der geplanten Parkplätze.

Herr Brunner erläuterte hierzu, dass eine Vielzahl an Stellplätzen vorgesehen seien. Er bezifferte diese anhand des in der Sitzung vorgestellten Planes auf ungefähr 30 Stück.

Herr Puhl von der CDU-Fraktion wies darauf hin, dass hier eine ökologische Ausgleichsfläche gesetzlich vorgeschrieben sei.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen zum "Altengerechten Wohnen Am Bergpark" einstimmig zur Kenntnis.

#### **14. Mitteilungen der Verwaltung**

Beigeordneter Brunner berichtete auf Wunsch des Vorsitzenden des Integrationsrates über die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen/Heranwachsenden mit Migrationshintergrund, die keine abgeschlossene Ausbildung haben. Herr Brunner erläuterte, dass bei der Bundesagentur für Arbeit ein Migrationshintergrund der Arbeitssuchenden nicht erfasst werde, sodass nur Aussagen über Beziehungen von SGB II-Leistungen über das Jobcenter der StädteRegion Aachen gemacht werden können. Nach Auskunft des Jobcenters der StädteRegion Aachen konnte festgestellt werden, dass sich im September 2011 in Baesweiler 16 Arbeitslose unter 25 Jahren mit Migrationshintergrund im Bezug von Leistungen im SGB II befanden. Alle diese 16 seien ohne abgeschlossene Berufsausbildung, davon seien 8 der Altersgruppe zwischen 15-19 und 8 der Altersgruppe zwischen 20-24 zuzuordnen.

Des Weiteren hatte der Vorsitzende des Integrationsrates darum gebeten, die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadt mitzuteilen. Hierzu teilte Herr Brunner mit, dass auch bei der Stadt Baesweiler der Migrationshintergrund des Personals bislang nicht erfragt bzw. vermerkt werde. Es sei allerdings bekannt, dass wenigstens 12 Beschäftigte einen Migrationshintergrund besitzen. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl (inkl. Teilzeitkräften) von 252 seien dies ca. 4,8 %.

## 15. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Herr Karakök machte den Mitgliedern des Integrationsrates den Vorschlag, dass der Vorstand des Integrationsrates in Zusammenarbeit mit der Verwaltung über die restlichen Mittel entscheiden könne, um spontane Aktivitäten zu ermöglichen. Er dachte dabei zum Beispiel an Sportmöglichkeiten für Frauen. Dann müsse für die Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung gewartet werden.

CDU-Fraktionsmitglied Puhl äußerte, dass über solche Aktivitäten erst im gesamten Integrationsrat beraten werden solle, gerade weil das Budget beschränkt sei.

Herr Scheen von der CDU-Fraktion wies darauf hin, dass die Zahl der Sitzungen des Integrationsrates eventuell erhöht werden müsse, damit alle Punkte diskutiert werden können ohne den Zeitrahmen zu sprengen.

Herr Brunner erklärte seitens der Verwaltung, dass weitere Sitzungen möglich seien, wenn dies erforderlich würde. Budgetwirksame Veranstaltungen müssten allerdings im gesamten Gremium diskutiert werden, da alle Mitglieder des Integrationsrates hier ein Mitspracherecht hätten.

Anschließend fragte Herr Karakök nach der Möglichkeit eines Deutschkurses für Männer, für Frauen bestehe bereits ein Angebot hierzu.

Herr Brunner äußerte seitens der Verwaltung, dass der Hinweis gerne aufgenommen werde und Kontakte diesbezüglich mit der VHS und dem Nachbarschaftstreff geknüpft werden.

Herr Karakök fragte nach der Möglichkeit einen Stand auf dem Weihnachtsmarkt anzubieten.

Herr Brunner erläuterte, dass der Gewerbeverband den Weihnachtsmarkt plane. Diesbezügliche Anfragen seien daher an den Gewerbeverband zu richten.

Frau Resch-Beckers von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmte diesem Vorschlag zu, da die persönliche Ansprache wirkungsvoller sei.

Herr Karakök teilte den Mitgliedern noch 3 Termine mit:

Die Staatssekretärin Zülfiye Kaykin aus dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW besuche Würselen am 07.12.2011 um 18 Uhr im Alten Rathaus Würselen.

Des Weiteren fände ebenfalls am 07.12.2011 um 19.30 Uhr eine Veranstaltung zum Thema "Islam-Unterricht an Schulen" mit Silvia Löhrmann im Islamischen Zentrum Aachen statt.

Am 08.12.2011 um 19.30 Uhr folge die Veranstaltung mit dem Titel "Brücke zwischen Europa und Orient - Die islamische Kultur" in der katholischen Hochschulgemeinde in Aachen.

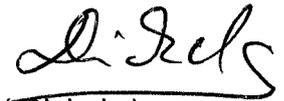
Herr Karakök schloss die Sitzung um 21.10 Uhr, bedankte sich bei den Anwesenden und wünschte allen frohe Weihnachten.

Der Vorsitzende

Karakök Kuzin

(Karakök)

Die Schriftführerin



(Dickels)